



Presseschau vom 05.09.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Gert Ewen Ungar: Völkerrecht als Verhandlungsmasse: Deutsche Außenpolitik unter Baerbock

Baerbock behauptet, die deutsche Außenpolitik sei wertebasiert und dem Völkerrecht verpflichtet, beweist aber immer wieder: Das Gegenteil ist der Fall. Das Völkerrecht ist für sie Verhandlungsmasse. Sie nutzt es lediglich zur moralischen Selbstüberhöhung. ...

<https://kurz.rt.com/362n> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Erstürmung des AKW Saporoschje: Tödliches "Showgeschäft", um an neue Waffen zu kommen

In den letzten Tagen haben ukrainische Spezialeinheiten zwei Versuche unternommen, das Kernkraftwerk Saporoschje einzunehmen. Beide Landungsversuche sind gescheitert. Warum halten die ukrainischen Truppen an solch selbstmörderischen Versuchen zur Erstürmung des AKW fest? ...

<https://kurz.rt.com/365t> bzw. [hier](#)

Elem Raznochintsky: "Quo Vadis", geliebtes Polen? – Warschaus sturer Kurs zum Bruch mit Berlin

Zum einen monolithisch kompakt in der Ukrainepolitik und Russland-Hetze, zum anderen zutiefst zersplittert im Innern: Die eigentliche Verfassung der polnischen Republik ist zerrissener, als es die tollkühne Außenwerbung vermuten lässt. ...

<https://kurz.rt.com/3642> bzw. [hier](#)

Dmitri Bawyrin: Nach Churchills Vorbild: Olaf Scholz gibt Europa einfach an die USA ab

In Prag hat sich Bundeskanzler Olaf Scholz für eine Reform der EU ausgesprochen. Demnach sollen die Ukraine, Moldawien und Georgien neue Mitglieder werden. Als er dies sagte, dachte Scholz wahrscheinlich, er sei Winston Churchill. Das Problem ist jedoch, dass Scholz kein Churchill ist. ...

<https://kurz.rt.com/3665> bzw. [hier](#)

Susan Bonath: Tricksten Pharmakonzerne? Forscher bescheinigen mRNA-Vakzinen negatives Kosten-Nutzen-Verhältnis

Die neuartigen mRNA-Vakzine führten offenbar schon in den Zulassungsstudien der Konzerne Pfizer und Moderna zu mehr Problemen, als offiziell bekannt ist. In einer begutachteten Studie belegten Forscher nun, dass geimpfte Probanden auffällig häufiger schwer krank wurden als ungeimpfte. ...

<https://kurz.rt.com/35ze> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: "Protestieren statt frieren" – Protest, um Protest zu verhindern

Die Bühne für den Herbst wird aufgebaut, und man kann zusehen, wie Kulissenteil für Kulissenteil auf Position geschoben wird. Das beginnt mit Denunziationen und Vorbereitungen der Bundeswehr, geht weiter über Inszenierungen und wird nun durch zahnlose Proteste ergänzt. ...

<https://kurz.rt.com/362p> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Spionageprozess in Düsseldorf: "Kanapees in der russischen Botschaft"

Ein 65-jähriger Vertriebsleiter wurde in Düsseldorf wegen Spionage angeklagt. Es geht aber nicht um die Weitergabe von Geheimnissen, die Vorwürfe beziehen sich auf Kontakte zu russischen Stellen. Damit geht es um eine Erweiterung des Begriffs der Spionage.

<https://kurz.rt.com/3685> bzw. [hier](#)

Gert Ewen Ungar: Russische Weltverschwörung statt klarer Analyse – Wo bleibt der Journalismus in der Tagesschau?

Baerbock sorgte mit der Aussage, die Sanktionen beibehalten zu wollen, egal was ihre Wähler denken, für einen Eklat. Die Tagesschau veröffentlicht dazu einen Faktenfinder, der russische Einflussnahme nachzuweisen versucht. Eine Analyse der Sanktionen unterbleibt. ...

<https://kurz.rt.com/367y> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:58 de.rt.com: Medienberichte: Britische Polizei bereitet sich auf "Wirtschaftsproteste" vor

Nach Angaben der Zeitung The Times bereitet sich die britische Polizei angesichts der Energie- und Wirtschaftskrise auf eine Zunahme "bestimmter Arten von Kriminalität im Land" vor. Dazu gehören Proteste, Diebstahl, Entführungen, Betrug und Online-Kriminalität. Die Polizei des Vereinigten Königreichs arbeitet Notfallpläne aus und bereitet sich auf Störungen in diesem Winter vor, da das Land mit einer noch nie dagewesenen Wirtschaftskrise konfrontiert ist. Dies berichtete die Zeitung [The Times](#) unter Berufung auf ihr vorliegende Dokumente.

Der Zeitung zufolge erstellt die Polizei Notfallpläne auf der Grundlage, dass "wirtschaftliche Turbulenzen und finanzielle Instabilität zu einem Anstieg bestimmter Arten von Kriminalität im Land führen können". Dazu gehören Beschaffungskriminalität, Ladendiebstahl, Einbruchdiebstahl, Autodiebstahl, Online-Betrug und Erpressung sowie Straftaten, die auf der Ausnutzung finanzieller Schwachstellen beruhen.

Ein ungenannter britischer Abgeordneter sagte der Publikation, dass britische Polizeibeamte auch befürchten, dass ohne ein Eingreifen der Behörden in der aktuellen Krise das Land zu den "fiebrigen Bedingungen" zurückkehren könnte, die im Jahr 2011 zu den Londoner Unruhen geführt hatten. Er sagte:

"Wenn die Unterstützung nicht den Erwartungen entspricht, werden sie [die Polizisten] ähnliche Szenen wie 2011 erwarten."

Nach dem Beginn der russischen Sonderoperation in der Ukraine und der Verhängung von Sanktionen gegen Moskau durch den Westen fingen die Energiekosten in den europäischen Ländern an, zu steigen. So erreichten die Stromschulden der britischen Bürger Mitte August die Rekordhöhe von 1,3 Milliarden Pfund Sterling (1,5 Milliarden Euro), während die Inflation zum ersten Mal seit 40 Jahren 10,1 Prozent überstieg.

Ende August zitierte die Zeitung Reuters die britische Energieregulierungsbehörde Ofgem mit der Aussage, dass die Strompreise in Großbritannien ab dem 1. Oktober um 80 Prozent steigen werden und die durchschnittliche Haushaltsrechnung für das Jahr über 3.500 Pfund Sterling (rund 4.100 Euro) liegen wird. Die Obergrenze von 3.549 Pfund Sterling (rund 4.150 Euro) für Strom wird sich damit gegenüber dem letzten Winter (1.277 Pfund Sterling, also 1.495 Euro) fast verdreifachen. Gleichzeitig warnte der Leiter der Regulierungsbehörde, Jonathan Brierley, davor, dass die Versorger die Preise für die Verbraucher ab dem 1. Januar wieder anheben wollen.

Die Nachrichtenagentur [Bloomberg](#) berichtete unter Berufung auf den britischen Herstellerverband Make UK, dass sechs von zehn Unternehmen im Vereinigten Königreich aufgrund der steigenden Energiekosten zur Schließung gezwungen sein könnten. Es wurde festgestellt, dass etwa die Hälfte der Unternehmen im vergangenen Jahr bereits einen Anstieg ihrer Energierechnungen um mehr als 100 Prozent erlebt hat. Zuvor hatte die Zeitung The Sun unter Berufung auf Quellen berichtet, dass die britische Regierung Pläne für den Fall von Protesten aufgrund steigender Strompreise und einer Zunahme der Kriminalität entwickelt.



<https://cdn1.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6314a20d48fbef11827a386a.jpg>

21:30 de.rt.com: **Energodar-Verwaltung: Bis zu tausend Kühe bei Beschuss getötet**

In einem Viehzuchtbetrieb im Dorf Welika Beloserka in der Nähe von Energodar im Gebiet Saporoschje wurden infolge des Beschusses durch die ukrainischen Streitkräfte rund tausend Kühe getötet. Dies teilte die zivil-militärische Verwaltung von Energodar am Sonntag mit. Auf dem Telegram-Kanal der Behörde heißt es:

"Infolge des Beschusses wurde ein Landarbeiter verletzt. Fast tausend Kühe wurden getötet und nur etwa zweihundert blieben übrig. In einem der Hangars wurden 90 Kälber bei lebendigem Leib verbrannt."

Außerdem wurden die Hangars, in denen die Tiere untergebracht waren, schwer beschädigt. Die Milchverarbeitungsanlage wurde ebenfalls beschädigt, die Futtermittelproduktionsanlagen wurden zerstört, und einige der Betriebsgebäude wurden vollständig zerstört.

Nach Angaben von TASS haben die ukrainischen Streitkräfte den Bauernhof am 31. August angegriffen. Die Bezifferung der Verwaltung lässt sich nicht unabhängig prüfen. Ein lokaler Sender [berichtet](#) Zerstörungen des Betriebs.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/ARUkxkrEaccQUPQ2egeK6VNrCALZFnV5q0Kdm3c0Wzo5lajHOkuOepDieBUdueKV-DYpusKswi1uSA-YKBMKBIYBJSeiemoSYGLpuZg3gW98yroD0Px-m0P-cAeGU10RK7Bl4Qw_zjemW9bw8YPhQUUtoYFu34kn6U9BHnfZVI58y2LJQ9VDqH6kYLZumofFl7GfS5RcBfsa6o5ugVo5ATkrVbTcUxvNuqL8YGJGhDQiQxiYhejJEpRaePGzasA9E-V9Ib1gE9EZMZMGHjV7SzxWiu1aX5wDTl16v6VI5VgwBO_yht-

22:27 de.rt.com: **US-Botschafter beendet seine Arbeit in Russland und verlässt Moskau**

US-Botschafter Sullivan verlässt Russland. Er wurde im Dezember 2019 zum Botschafter ernannt und war fast drei Jahre lang in Moskau tätig. Im vergangenen Jahr waren die diplomatischen Vertretungen Russlands und der USA mehrere Monate lang ohne Botschafter. Der US-Botschafter in Russland, [John J. Sullivan](#), hat seine Arbeit beendet und Moskau verlassen. Dies wurde auf der [Website](#) der diplomatischen Vertretung der USA bekannt gegeben. Sullivan wurde im Dezember 2019 zum Botschafter ernannt und war fast drei Jahre lang in Russland tätig. In der Erklärung heißt es:

"Mit seinem Ausscheiden beendet John Sullivan eine vierzigjährige Laufbahn im öffentlichen Dienst, in der er unter fünf US-Präsidenten tätig war, u.a. als Unterstaatssekretär und in leitenden Positionen in den US-Ministerien für Justiz, Verteidigung und Handel."

Bis zum Eintreffen seines Nachfolgers wird Elizabeth Rood seine Aufgaben übernehmen.

John Sullivan wurde im Oktober 2019 vom damaligen US-Präsidenten Donald Trump nominiert und im Dezember vom Senat bestätigt. Im selben Monat legte Sullivan den Amtseid ab. Im Januar 2021 bat Präsident Joe Biden ihn, Botschafter in Russland zu bleiben.

Der Kreml erklärte bereits vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten in der Ukraine, dass die Beziehungen zwischen Russland und den Vereinigten Staaten "praktisch am Boden liegen". Mitte Juni erklärte der russische Präsidentensprecher Dmitri Peskow, Moskau und Washington befänden sich "an einem sehr, sehr heißen Punkt der Konfrontation".

Die einzige Möglichkeit, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu normalisieren, bestehe darin, dass die USA "ihre Politik des Hegemonismus in Weltangelegenheiten" aufgeben und erkennen, dass Russland nicht der Vasall von irgendjemandem sein will, kann und wird.

Mitte August gab das russische Außenministerium bekannt, dass Moskau die diplomatischen Beziehungen zu Washington abbrechen würde, wenn Russland als "Sponsor des Terrorismus" eingestuft würde. Der US-Botschafter schloss Anfang Juni einen Abbruch der Beziehungen zu Moskau aus. Er sagte:

"Wir können nicht einfach die diplomatischen Beziehungen abbrechen und aufhören, miteinander zu reden."

Seiner Meinung nach "werden die Russen und die US-Amerikaner irgendwann wieder zu normalen Beziehungen zurückkehren". Er rechne nicht damit, dass dies in den nächsten Jahren der Fall sein wird, äußerte aber die Hoffnung, dass es irgendwann so sein werde.

Im März 2021 wurde der russische Botschafter in den Vereinigten Staaten, Anatoli Antonow, nach Moskau "zu Konsultationen" einbestellt, nachdem US-Präsident Joe Biden die Frage bejaht hatte, ob er seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin für einen "Mörder" halte. Nach der Verhängung weiterer US-Sanktionen empfahl Moskau, dass Sullivan nach Washington zurückkehrt und dort "ausführliche, ernsthafte Konsultationen führt". Im Juni desselben Jahres, nach dem Treffen zwischen Putin und Biden in Genf, kehrten die Botschafter auf ihre Plätze zurück.

Ende März dieses Jahres, nach dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine, erklärte Sullivan, die US-Regierung habe nicht die Absicht, die Botschaft zu schließen und das Personal nach Washington zurückzuholen. Später, Anfang Juni, schloss der Diplomat jedoch nicht mehr aus, dass die USA und Russland ihre diplomatischen Vertretungen schließen könnten, obwohl er dies für einen "großen Fehler" halte.

Antonow sagte seinerseits, dass die USA noch einen Rest von Vernunft hätten und er nicht das Gefühl habe, dass die US-amerikanische Seite bereit sei, die Botschaft zu schließen. Aufgrund der Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten ist der Umfang der konsularischen Dienstleistungen in der US-Botschaft in Moskau derzeit eingeschränkt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6314da4648fbef10db3a3a97.jpg>
John Joseph Sullivan, Botschafter der USA in Russland

vormittags:

7:32 de.rt.com: Reuters: Volle Gasspeicher der EU reichen nicht aus, um den Winter zu überstehen

Auch wenn die Gasspeicher in der EU mittlerweile zwar gut gefüllt sind, reicht dies laut Reuters nicht aus, die Länder in der kommenden Heizperiode zu versorgen. Analysten sagen, dass der EU im März das Gas ausgeht, wenn der Verbrauch nicht eingeschränkt wird. Vollständig gefüllte Gasspeicher könnten nicht ausreichen, um die EU-Länder während der kommenden Heizperiode zu versorgen, berichtete die Nachrichtenagentur Reuters am Mittwoch unter Berufung auf Analysten. Nach Berechnungen von Aurora Energy Research können die Gasspeicher des Blocks nur genug Gas für eine durchschnittliche Nachfrage von bis zu 90 Tagen liefern. Dies, obwohl die Speicher der EU zu 79,94 Prozent gefüllt sind und damit wahrscheinlich das Ziel, die Speicher bis November zu 80 Prozent zu füllen, übertroffen wird.

Analysten warnen jedoch davor, dass der wichtigste Faktor für die Energiesicherheit in diesem Winter die Frage sein wird, ob die Länder ihren Verbrauch ausreichend senken können, um sicherzustellen, dass der gelagerte Brennstoff für die kältesten Monate ausreicht. Doch wenn die Länder ihren Verbrauch nicht einschränken, wären die EU-Gasspeicher bis März noch immer leer, selbst in einem Szenario, in dem den ganzen Winter über russisches Gas fließt und das Wetter nicht ungewöhnlich kalt ist. Dies geht aus einer Modellrechnung des Datenanalyseunternehmens ICIS hervor, die Reuters vorliegt. Die Modellierung des Datenanalyseunternehmens ICIS zeigt auch, dass die Reserven der Region bis März erschöpft sein könnten. Analysten sind sich daher einig, dass der Gasverbrauch gesenkt werden müsse, um Engpässe zu vermeiden. Simone Tagliapietra, Senior Fellow beim Thinktank Bruegel, erklärte diesbezüglich:

"Um mit dieser Krisensituation fertig zu werden, wird die Reduzierung der Nachfrage noch wichtiger sein als die Speicherung."

Die Daten von ICIS zeigen, dass bei einer monatlichen Senkung des Verbrauchs um 15 Prozent unter den Fünf-Jahres-Durchschnitt im Frühjahr noch 45 Prozent der Gasreserven des Blocks zur Verfügung stehen könnten, wenn Russland die Gaslieferungen an die Region in ihrem derzeitigen Umfang fortsetzt, und 26 Prozent, wenn Russland die Lieferungen im Oktober einstellt. In Deutschland, wo sich fast ein Viertel der EU-Speicher befindet, könnte das gespeicherte Gas den durchschnittlichen Bedarf von 80 bis 90 Tagen decken.

Wenn die EU in diesem Winter kein Gas einspart, würde sich dies auch auf die Lagerbestände des nächsten Jahres auswirken. Nach Angaben des Oxford Institute of Energy Studies werden die Speicher für das nächste Jahr bereits im November geleert, noch bevor die Heizsaison in

vollem Gange ist, sofern Russland die Gaslieferungen einstellt und die EU ihre Speicher in der kommenden Heizsaison leert. Matthias Buck, Europa-Direktor der Lobbyorganisation Agora Energiewende, sagte:

"Die Speicher sind das Sicherheitsnetz, aber was wir in dieser Krise vorrangig brauchen, ist eine deutliche Reduzierung der Nachfrage."

Laut Buck müsse Deutschland den Gasverbrauch in diesem Winter um 20 bis 25 Prozent senken. Dazu gehöre auch eine Senkung der Nachfrage der Haushalte. Dies sei ein Schritt, der von mehr staatlichen Maßnahmen begleitet werden müsse, um einkommensschwache Haushalte vor den steigenden Gas- und Stromkosten zu schützen. Flüssigerdgasimporte hätten demnach zwar geholfen, die Speicher in diesem Jahr schnell aufzufüllen, aber dies würde nicht ausreichen, fehlendes Gas aus Russland im Jahr 2023 zu ersetzen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63150453b480cc6f2d1ecc52.jpg>
Gasspeicher Haidach

8:38 de.rt.com: **Explosionen frühmorgens in Energodar, Flugabwehr aktiv**

Am frühen Morgen haben sich in der Stadt Energodar im Gebiet Saporoschje drei schwere Explosionen ereignet. Nach vorläufiger Information wurde in diesem Gebiet die russische Flugabwehr aktiv, wie ein Korrespondent der russischen Nachrichtenagentur [TASS](#) berichtet. Die Lage auf den Straßen der Stadt bleibt indes ruhig, es gilt allerdings eine Ausgangssperre. Angaben zu etwaigen Verletzten und Opfern werden derzeit geklärt.

Energodar und das nahe gelegene Kernkraftwerk Saporoschje, das größte Europas, werden seit Wochen von ukrainischen Streitkräften unter Beschuss genommen. Die ukrainische Armee setzt Artillerie, Mehrfachraketenwerfer und Drohnen ein. Darüber hinaus gab es zuvor zwei Versuche, nahe Energodar auch in unmittelbarer Nähe des Kraftwerks Sondereinheiten zu landen. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums zielte einer dieser Versuche darauf ab, das Kernkraftwerk Saporoschschje vor dem Besuch einer Delegation der Internationalen Atomenergieorganisation unter Kontrolle zu nehmen.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filipenko über die Lage am 05.09.2022**

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 45 Mann;
- 4 Schützenpanzerwagen;
- 6 Spezialfahrzeuge.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter:

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 4. September haben sie mehr als 5 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Gawrilowka und

Nishnij Suchodol zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

Außerdem haben Freiwillige der Volksfront mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR humanitäre Pakete für Einwohner von Sirotino geliefert.

9:15 de.rt.com: **Russische Denkfabrik setzt Belohnung auf Erbeutung estnischer Bodendrohne in der Ukraine aus**

Das russische Zentrum für die Analyse von Strategien und Technologien, das international unter der englischsprachigen Abkürzung CAST firmiert, hat demjenigen eine Million Rubel versprochen, der die estnische Roboterplattform [THeMIS](#) des Herstellers Milrem Robotics in der Ukraine erbeuten und dem russischen Verteidigungsministerium übergeben kann.

Das erste Exemplar dieser Drohne nahm die Ukraine nach offener Information im August 2022 in Empfang.

Nach den der Organisation vorliegenden Informationen hat Kiew bereits im August das erste Exemplar dieser Ausrüstung erhalten. Es wird erwartet, dass in Kürze mehrere weitere Plattformen an die Ukraine geliefert werden. Sie sollen vor allem für die Evakuierung von Verwundeten und die Lieferung von Munition eingesetzt werden. Bei THeMIS (Tracked Hybrid Modular Infantry System) handelt es sich um ein ferngesteuertes Bodenfahrzeug mit elektrischem oder hybridem dieselektrischem Antrieb auf Gummiketten, das je nach Bedarf mit Transportplattformen oder Waffensystemen ausgestattet werden kann. Die Maschine hat eine Masse von 1,630 Tonnen und kann bis zu 1,200 Tonnen Last tragen. In der Mitteilung des [CAST](#) heißt es:

"Angesichts der Tatsache, dass dieses Gerät zweifellos von technischem Interesse ist, schreibt das Zentrum für die Analyse von Strategien und Technologien (CAST) eine Belohnung in Höhe von einer Million Rubel für jeden Soldaten oder Angehörigen der Sicherheitskräfte oder einer Gruppe aus, wenn sie eine THeMIS-Plattform in der Ukraine in mehr oder weniger vollständigem Zustand sicherstellen und dem russischen Verteidigungsministerium zur Verfügung stellen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6315a20d48fbef11827a38d1.jpg>

Bodendrohne THeMIS der Firma Milrem Robotics: eine ferngesteuerte Waffenplattform mit überschwerem Maschinengewehr des Kalibers 12,7x99 mm Browning M2. Die Motoren, Batterien und Steuerungselektronik finden in den seitlichen Hohlräumen innerhalb der Gummiketten Platz. 05.09.2022

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 5.09.22 um 10:30 Uhr

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive

Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Verreters der DVR **199 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Panzern, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **11 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschüssen wurden **4 Zivilisten unterschiedlich schwer verletzt**. 18 Wohnhäuser wurden beschädigt. Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Panzer, 2 Schützenpanzerwagen, 1 Lastwagen, 2 Spezialfahrzeuge und 40 Mann.

Derzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

9:43 de.rt.com: **IAEA-Delegation verlässt AKW Saporoschje und lässt zwei Vertreter vor Ort**

Der größte Teil der Delegation der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) hat das AKW Saporoschje in Energodar verlassen, zwei Spezialisten verbleiben dauerhaft bei der Anlage. Der russische Nuklearexperte Renat Kartschaa, der die Delegation begleitete, gab am Montag gegenüber der TASS bekannt:

"Die Mission ist weggefahren. [...] Zwei Personen blieben im Rahmen einer ständigen Mission zurück."

9:54 de.rt.com: **Bundesbürger ignorieren Spar-Aufruf: Privater Gasverbrauch in erster Septemberwoche gestiegen**

Nach dem erneuten Lieferstopp von russischem Gas durch die Ostseepipeline Nord Stream 1 sieht die Bundesnetzagentur beunruhigende Signale beim privaten Gasverbrauch. Denn statt zu sinken, steigt er.

Bund und Kommunen hatten angesichts des Gasnotstands in Deutschland, der im Winter wegen der westlichen Sanktionen gegen Russland droht, zuletzt vermehrt dazu aufgerufen, Gas einzusparen. Doch der vielfach propagierte Sparaufruf lässt die Bundesbürger offenbar kalt. Denn statt ihn zu senken, hätten die privaten Verbraucher ihren Gasverbrauch in der ersten, etwas kälteren Septemberwoche leicht gesteigert. Das sagte der Chef der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Laut Müller sei offenbar noch nicht allen klar, dass für die Einsparung von Gas auch die Heizungseinstellung entsprechend geändert werden müsse.

"Ob es im Winter ohne Rationierungen klappt, können wir alle beeinflussen: Es steht und fällt mit dem Verhalten der privaten Haushalte."

Im Vergleich zum Vorjahr müssten nach Einschätzung von Fachleuten über alle Sektoren hinweg 20 Prozent Gas gespart werden. Erreicht hatte dieses Ziel zuletzt allerdings lediglich die Industrie.

Am Mittwoch stoppte der russische Energiekonzern Gazprom seine Gaslieferungen über die Ostseepipeline Nord Stream 1 erneut. Grund dafür waren zunächst dreitägige Wartungsarbeiten an einer Kompressor-Station. Am Samstag hätte der Betrieb erneut aufgenommen werden sollen, doch am Freitagabend erklärte Gazprom, dass wegen eines Öllecks an einer Turbine weiterhin keine Lieferungen über Nord Stream 1 möglich seien. Zur Dauer des Lieferstopps machte der Konzern indes keine Angaben.

"Putins Russland ist vertragsbrüchig geworden", sagte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am

Sonntag im Anschluss an die Pressekonferenz zum dritten Entlastungspaket der Ampel-Koalition. Russland sei kein zuverlässiger Energielieferant mehr, erklärte der Kanzler und ergänzte mit Blick auf die laufende Einspeicherung von Gas in Deutschland, dass man darauf aber vorbereitet sei:

"Wir werden durch diesen Winter kommen."

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow machte hingegen die europäische Sanktionspolitik für den Lieferstopp verantwortlich. In der im russischen Staatsfernsehen ausgestrahlten Sendung "Moskau. Kreml. Putin." sagte er am Wochenende:

"Wenn die Europäer eine absolut absurde Entscheidung treffen, wonach sie sich weigern, ihre Anlagen zu warten, oder besser gesagt, Anlagen, die Gazprom gehören, dann ist das nicht die Schuld von Gazprom, sondern die Schuld der Politiker, die Entscheidungen über Sanktionen getroffen haben."

Ungeachtet dessen geht die Einspeicherung von Gas in Deutschlands Speichern weiter. Wie das Bundeswirtschaftsministerium am Sonntag über Twitter mitteilte, sei bei den Füllständen der Speicher die Marke von 85 Prozent inzwischen überschritten. Gleiches geht aus Daten der europäischen Gas-Infrastruktur-Unternehmen hervor. Damit ist das von der Bundesregierung vorgesehene Ziel, am 1. Oktober mindestens 85 Prozent Füllstand zu erreichen, erfüllt.

Bis 30. September waren täglich 33 Millionen Kubikmeter Gas über Nord Stream 1 nach Deutschland gepumpt worden, rund 20 Prozent der sonst möglichen Gasmenge. Der russische Energiekonzern Gazprom hatte seine Gaslieferungen über Nord Stream 1 bereits im Juni deutlich heruntergefahren und dies mit technischen Problemen aufgrund einer fehlenden Turbine begründet, die zusammen mit anderen den Druck zum Durchpumpen des Gases erzeugt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6315851148fbef7ae80844d3.jpg>

10:28 de.rt.com: **Kabul: Zwei Botschaftsmitarbeiter bei Anschlag vor russischer Botschaft getötet**

In der Nähe der russischen Botschaft in Kabul kam es am Montag zu einer Explosion. Das russische Außenministerium meldete zwei Todesopfer unter den Botschaftsmitarbeitern. Der Anschlag sei von einem Selbstmordattentäter verübt worden, berichtete der arabische Fernsehsender Al Arabiya.

In der Hauptstadt Afghanistans kam es am Montagvormittag zu einer Explosion. Der Vorfall ereignete sich nahe der russischen Botschaft. Der Anschlag sei von einem Selbstmordattentäter verübt worden, berichtete der arabische Fernsehsender Al Arabiya. Zwei Mitarbeiter der russischen Botschaft seien dabei getötet worden, [teilte](#) das russische Außenministerium mit. Unter afghanischen Staatsbürgern gebe es ebenfalls Verletzte. Rund um das Gebäude seien die Sicherheitsmaßnahmen verstärkt worden, teilte Russlands Außenminister Sergei Lawrow mit. "Hoffen wir, dass die Organisatoren und die Täter dieses Terroranschlags in naher Zukunft die verdiente Strafe erhalten werden", fügte er hinzu. Die genaue Anzahl an Verletzten und Toten ist noch unklar. Laut einer Quelle der Agentur

RIA Nowosti sei es zu der Explosion gekommen, als ein russischer Diplomat aus dem Botschaftsgebäude hinausging und sich den Menschen näherte, die auf ein Visum warteten. "Durch die Explosion wurden 15 bis 20 Menschen getötet oder verletzt", sagte die Quelle. Die Straße zu der diplomatischen Vertretung wurde daraufhin von Sicherheitskräften der Taliban-Regierung gesperrt, wie ein Anwohner der Deutschen-Presse Agentur berichtete.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6315b2c348fbef0afc5a8aa3.jpg>

10:28 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte beschießen Volksrepublik Donezk und Gebiet Saporoschje**

Die ukrainischen Streitkräfte haben zwischen 6:35 und 7:10 Uhr MEZ innerhalb von 35 Minuten zwei Stadtteile von Donezk und die Stadt Gorlowka mit zehn Granaten des NATO-Kalibers 155 Millimeter beschossen. Dies [teilte](#) die DVR-Vertretung dem Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen der Ukraine am Montag mit.

Außerdem bombardiert die ukrainische Armee die Stadt Kamenka-Dneprowskaja im Gebiet Saporoschje. Die Explosionen sind sogar in Energodar zu hören, berichtete die russische Nachrichtenagentur [TASS](#) am Montag. Nach Angaben der Agentur beschießen die ukrainischen Truppen diese Stadt, die 16 Kilometer vom AKW Saporoschje entfernt liegt, seit dem Morgen.

11:01 de.rt.com: **Chile lehnt linken Verfassungsentwurf mit großer Mehrheit ab**

Im Jahr 2019 protestierten Millionen Chilenen gegen die neoliberal geprägte Verfassungsordnung, die nach einem Militärputsch Anfang der 1970er-Jahre durchgesetzt worden war. Doch das linke Gegenprojekt scheiterte vorläufig am Wählervotum. Die chilenische Wahlbehörde hat am Sonntag mitgeteilt, dass bei einer Wahlbeteiligung von 98,43 Prozent nur 38,10 Prozent der Stimmberechtigten für den neuen linksgerichteten Verfassungsentwurf stimmten, während 61,90 Prozent der chilenischen Bürger gegen den Entwurf votierten.

Der chilenische Präsident Gabriel Boric versprach nach der Ablehnung des neuen Textes durch die Bürger, den Verfassungsprozess fortzusetzen. Auf einer Pressekonferenz am Sonntag sagte die Staatsoberhaupt:

"Ich verspreche, alles in meiner Macht Stehende zu tun, um gemeinsam mit dem Nationalkongress und der Zivilgesellschaft eine neue verfassungsgebende Versammlung zu bilden, die einen Text vorlegen wird, der unter Berücksichtigung der aus diesem Prozess gezogenen Lehren eine breite Mehrheit der Bürger repräsentiert."

Er fügte hinzu, dass er am Montag ein Treffen mit den Führern des Parlaments und der politischen Parteien abhalten werde, um die Leitlinien für die Fortsetzung des Prozesses der Ausarbeitung einer neuen Verfassung festzulegen und Vorschläge aus verschiedenen politischen Bereichen zu sammeln.

Das chilenische Volk habe lautstark zum Ausdruck gebracht, dass es mit dem Vorschlag, den der Verfassungskonvent Chiles vorgelegt hatte, nicht zufrieden sei. Das erfordere von den Behörden sowie den politischen Akteuren, mit mehr Engagement und mehr Dialog zu arbeiten und bei der Ausarbeitung eines Textes, der alle Chilenen repräsentieren soll, voranzukommen, so der Präsident.

Die derzeitige chilenische Verfassung wurde 1980 während der Herrschaft von Augusto Pinochet angenommen und trat 1990 endgültig in Kraft. Seitdem wurde sie mehrmals geändert, zuletzt im Jahr 2018.

Ende 2019 kam es in Chile zu gewaltsamen landesweiten Protesten, die durch die Erhöhung der U-Bahn-Tarife ausgelöst wurden. Die Bürgerinnen und Bürger forderten eine angemessene kostenlose Bildung und Gesundheitsversorgung, höhere Löhne und niedrigere Tarife. Im Jahr 2020 stimmten fast vier von fünf Chilenen grundsätzlich für eine neue Verfassung, die mehr Rechte gewähren würde.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6315aee3b480cc5f6144a161.jpeg>

11:11 de.rt.com: **Duma-Sprecher: Ukrainische Frauen sollten Ukraine verlassen, um nicht im Krieg verheizt zu werden**

Der Sprecher der russischen Staatsduma Wjatscheslaw Wolodin hat in der Ukraine lebende Frauen [aufgefordert](#), in ein anderes Land umzuziehen, solange sie die Möglichkeit haben, die Ukraine zu verlassen. Dies soll ihnen den Einzug ins ukrainische Militär im Rahmen der Mobilisierung ersparen:

"Solange die Frauen in der Ukraine die Möglichkeit haben, das Land zu verlassen, sollten sie diese nutzen und in einen anderen Staat umziehen – andernfalls wird dies mit einer Mobilisierung enden und sie werden als Kanonenfutter zur Schlachtbank geführt."

Er erinnerte daran, dass das Kiewer Regime "beschlossen hat, Frauen, einschließlich schwangere Frauen und Frauen mit kleinen Kindern, ab dem 1. Oktober in das Militärregister aufzunehmen" – denn Washington und Brüssel würden von Selenskij verlangen, dass er den Krieg bis zum letzten Ukrainer führt. Für sie seien auch Frauen ebenso nur Verschleißmaterial, so Wolodin.

Bei alledem, erinnerte der Duma-Sprecher, sei zum Beispiel die Frau des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij selber momentan im Ausland, wie auch die Ehefrauen ukrainischer Oligarchen. Er betonte:

"Sie werden von dieser Neuerung natürlich nicht betroffen sein."

12:39 (11:39) deu.belta.by: **Zwei von polnischen Militärs zusammengeschlagene Flüchtlinge an der belarussischen Grenze gefunden**

Polnische Grenzer haben zwei Flüchtlinge zusammengeschlagen und an der belarussischen

Grenze gelassen. Das teilt das Staatliche Grenzschutzkomitee mit.

Am 3. September haben belarussische Grenzschützer zwei Flüchtlinge in der Nähe der belarussisch-polnischen Grenze im Bezirk Swislotsch entdeckt. Die polnischen Militärs setzten körperliche Gewalt und Schlagstöcke ein, um die Flüchtlinge an die belarussische Grenze zu bringen. Dort wurden die Männer gezwungen, durch einen speziellen Durchgang im Grenzzaun zu gehen. Die zahlreichen blauen Flecken am Körper bestätigen, dass die Migranten mehrfach misshandelt wurden. Die belarussischen Grenzschutzbeamten leisteten den Verletzten erste Hilfe.

„Polen setzt Schlagstöcke und Sondermittel ein, um die Normen des humanitären Rechts einzuschlagen.“ Dieser Umgang mit Flüchtlingen, die in der EU nach Asyl suchen, setzt sich als Trend fort“, hieß es aus dem Komitee.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000022_1662370820_61842_big.jpg

11:43 de.rt.com: **Medienbericht: Russland gegen Verringerung der Fördermengen durch OPEC+**

Saudi-Arabien hat vor dem Treffen der OPEC+ die Möglichkeit einer Fördermengenverringering in den Raum gestellt. Laut dem "Wall Street Journal" stellt sich Russland aber vorerst gegen eine Kürzung der Förderung durch die erweiterte Öl-Allianz OPEC+. In Moskau ist man eher darum besorgt, andernfalls Einflussmöglichkeiten in Verhandlungen mit asiatischen Abnehmern zu verlieren.

Russland ist laut einem Bericht im [Wall Street Journal](#) (WSJ) vorerst gegen eine Verringerung der Fördermengen durch die erweiterte Öl-Allianz [OPEC+](#). Somit dürften deren rund 20 Ölproduzentenstaaten bei ihren Beratungen am Montag eine unveränderte Fördermenge beschließen, hieß es im WSJ am Sonntag unter Berufung auf mit der Sache vertraute Personen.

Saudi-Arabien hatte kürzlich als eines der dominierenden Mitglieder die Möglichkeit von Produktionskürzungen in den Raum gestellt. Russland dagegen sei besorgt, dass Förderkürzungen den Abnehmern signalisieren würden, die bisher angebotenen Ölfördermengen würden die weltweite Nachfrage übersteigen. Obwohl Russland seit der Eskalation des Ukraine-Krieges von den gestiegenen Ölpreisen profitiert habe, sei man in Moskau eher darum besorgt, hieß es im WSJ, den eigenen Einfluss bei Verhandlungen mit asiatischen Abnehmern von russischem Rohöl zu bewahren.

Moskau dürfte an einer zumindest gleichbleibenden Förderung interessiert sein, da es auch weiterhin einen Erfolg vom Westen eingeleiteten Sanktionen wegen der Eskalation des Ukraine-Krieges abzuwenden versucht. So war der Westen bemüht, die Öleinnahmen des Landes zu verringern. Russland will nach eigenen Angaben künftig kein Öl mehr an Länder verkaufen, die einen künstlichen Preisdeckel für russische Energieträger einführen. Die Länder der G7 arbeiten bereits an einer solchen Preisdeckelung für russisches Öl, wobei die

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auch für Erdgas bereits eine Obergrenze ins Spiel zu bringen versucht.

Die OPEC+, zu der auch Russland gehört, hatte in ihrer vorherigen Monatssitzung Anfang August beschlossen, das gemeinsame Tagesproduktionsziel im September sogar um die (wenn auch geringe) Menge von 100.000 Barrel (je 159 Liter) anzuheben. Die Ölpreise waren in der Folge der militärischen Sonderoperation Russlands in der Ukraine deutlich gestiegen.

Einige Beamte der [OPEC](#) sagten, dass am Montag eine Förderkürzung um 100.000 Barrel pro Tag diskutiert werden könne, also um dieselbe Menge, um welche die Staaten der OPEC+ im letzten Monat nach dem Besuch des US-Präsidenten Biden in Saudi-Arabien ihre Fördermengen-Obergrenze erhöht hatten.

Das Treffen der OPEC+ findet heute statt, weil Mitglieder befürchten, dass Iran sein mit Sanktionen belegtes Rohöl wieder auf den Markt bringen könnte, wenn man sich mit den beteiligten Weltmächten auf eine Wiederbelebung des Atomabkommens einigt. Außerdem wird befürchtet, dass sich die Ölnachfrage abschwächen könne, wenn die Weltwirtschaft in eine Rezession gerät oder wenn auch nur neue Corona-Beschränkungen in China zu einem weiteren wirtschaftliche Abschwung weltweit führen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6315ae2c48fbef7ae8084509.jpg>
OPEC-Gebäude in Wien

nachmittags:

12:14 de.rt.com: **Scholz und Macron: Serbien muss sich auf "schwierige Entscheidungen" vorbereiten**

Bundeskanzler Olaf Scholz und der französische Präsident Emmanuel Macron haben in einem Brief an den serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić mehr Kompromissbereitschaft von Belgrad im Konflikt mit dem Kosovo eingefordert. Die Lösung des Konflikts sei "von größter Bedeutung".

Die Staats- und Regierungschefs Frankreichs und Deutschlands haben sich am Sonntag in einem gemeinsamen Schreiben an den serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić gewandt und ihn aufgefordert, sich auf "schwierige Entscheidungen" im Dialog zwischen Belgrad und der abtrünnigen Provinz Kosovo vorzubereiten.

In ihrem Schreiben, das von Vučić Pressestelle veröffentlicht wurde, erklärten der französische Präsident Emmanuel Macron und der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz, die Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Kosovo und Serbien sei für die Stabilität in Europa und auf dem Balkan von größter Bedeutung. In dem Brief schrieben die beiden Staatschefs:

"Wir ... fordern Sie auf, ein Höchstmaß an Entschlossenheit und Bereitschaft zu zeigen, um

schwierige Entscheidungen zu treffen, die den Dialog zwischen dem Kosovo und Serbien unter der Schirmherrschaft der EU fördern."

Sie fügten hinzu, dass das jüngste Patt zwischen Belgrad und Pristina über Ausweispapiere und Nummernschilder die Notwendigkeit konstruktiver Schritte gezeigt habe.

Macron und Scholz gaben auch an, dass sie ihre Berater Emmanuel Bonne und Jens Plotner entsandt haben, um Miroslav Lajcak, den EU-Sonderbeauftragten für den westlichen Balkan, bei seinen diplomatischen Bemühungen zu unterstützen.

Die beiden EU-Staats- und Regierungschefs reichten den Brief ein, nachdem der Chef der EU-Außenpolitik, Josep Borrell, in der vergangenen Woche verkündet hatte, dass Serbien und der Kosovo eine "Vereinbarung über die Freizügigkeit" getroffen hätten. Belgrad habe insbesondere zugestimmt, die Ein- und Ausreisedokumente für Inhaber eines kosovarischen Ausweises abzuschaffen, und das Kosovo habe zugestimmt, dasselbe nicht für serbische Ausweisinhaber einzuführen, sagte Borrell damals.

Die Spannungen zwischen dem Kosovo und Serbien sind jedoch nach wie vor groß. Zwar konnten sich beide Seiten auf einen Teilkompromiss einigen, doch die Regierung des Kosovo besteht darauf, dass serbische Nummernschilder und Personalausweise durch solche aus Pristina ersetzt werden sollen.

Vor diesem Hintergrund hat die serbische Armee am Mittwoch mit Übungen in der Nähe der Verwaltungsgrenze zum Kosovo begonnen. Sie fielen zeitlich mit der bisherigen Frist für den Austausch der Nummernschilder zusammen, die jedoch später auf den 31. Oktober verschoben wurde.

Der Kosovo erklärte 2008 einseitig seine Unabhängigkeit und wurde von den USA und ihren Verbündeten anerkannt, nicht aber von etwa der Hälfte der Welt, darunter Belgrad, Russland, China und mehrere EU-Mitgliedstaaten. Vučić verfolgt derzeit eine Politik der militärischen Neutralität und der Nichtverhängung von Sanktionen gegen Russland, während er gleichzeitig versucht, der EU beizutreten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6315ad6db480cc55e27d3bba.jpg>

Der serbische Präsident Aleksandar Vučić während einer Pressekonferenz im NATO-Hauptquartier in Brüssel am 17. August 2022

13:25 (12:25) novorosinform.org: **Eine Gruppierung der Streitkräfte der Ukraine wurde bei einem weiteren Versuch einer Gegenoffensive in der Nähe von Cherson vernichtet**
Ukrainische Kämpfer setzen ihre selbstmörderischen Versuche einer Gegenoffensive in Richtung Cherson fort, schreibt der Telegram-Kanal „Operation Z: Militärkorespondenten des russischen Frühlings“.

Es wird darauf hingewiesen, dass das ukrainische Militär mit Hilfe des „Ironija“-Aufklärungskomplexes entdeckt wurde.

„Danach wurde Artilleriefeuer auf die vorrückende Kette der Nazis eröffnet. Der Feind wurde vernichtet“, heißt es in der [Erklärung](#).

Dass die ukrainische Gegenoffensive auf Cherson gescheitert ist, hatte zuvor der

stellvertretende Leiter der regionalen Militärverwaltung, Kirill Stremousow, gemeldet. Demnach wurden infolge des gescheiterten Offensivversuchs etwa dreitausend ukrainische Militante getötet. Es wurde auch bekannt, dass die Streitkräfte der Ukraine versuchen, das Dorf Wysokopolje zurückzuerobern. Den Militanten gelang es, das Krankenhaus und den westlichen Teil einer Siedlung im Bezirk Berislawskoje der Region Cherson zu besetzen, russische Artillerie wird gegen sie eingesetzt.



https://www.novorosinform.org/content/images/24/13/52413_720x405.jpg

13:32 (12:32) deu.belta.by: **Am Wochenende sind in Belarus 578 ukrainische Staatsangehörige eingetroffen**

Am Wochenende sind 578 ukrainische Staatsbürger in Belarus eingetroffen, teilt das Staatliche Grenzschutzkomitee mit.

Nach Angaben der Behörde kamen 578 ukrainische Staatsbürger zwischen 6 Uhr morgens am 2. September und 6 Uhr morgens am 5. September in Belarus an. Nach Belarus sind 417 Personen aus dem polnischen Hoheitsgebiet, die weiteren 141 über die belarussisch-litauische Grenze und 20 über die belarussisch-lettische Grenze eingereist.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000022_1662374062_61843_big.jpg

12:36 de.rt.com: **Weiterhin kein Gas über Nord Stream 1 – Gaspreise schießen am Montag in die Höhe**

Wegen eines technischen Defekts in der Kompressorstation Portowaja hat der russische Energiekonzern Gazprom angekündigt, dass der Gastransport über die Ostseepipeline Nord Stream 1 weiterhin vollständig eingestellt bleibt. Am Montag schoss der europäische Gaspreis nach oben.

Zum Handelsbeginn am Montag sind die Gaspreise in Europa in die Höhe geschossen. Demnach sei der Benchmark-Gaspreis bei Markteröffnung auf bis zu 272 Euro pro

Megawattstunde (MWh) gestiegen, wie die Nachrichtenagentur Reuters berichtet. Der Leitindex [Dutch TTF](#) lag am Montag bei 256 Euro und damit 23 Prozent höher als am Vortag. Im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Vorjahr waren das aber fast 400 Prozent mehr. Der Preis des Terminkontrakts TTF (Title Transfer Facility) für niederländisches Erdgas ist ein Gradmesser für die europäischen Erdgaspreise.



<https://pbs.twimg.com/media/Fb37w9MWQAAYQu8?format=jpg&name=360x360>

Der Dax, der deutsche Leitindex, fiel zur Eröffnung um 1,7 Prozent auf 12.823 Punkte. Eine rasche Lösung der Energiekrise sei nicht in Sicht, warnte Naeem Aslam, Chef-Marktanalyst des Brokerhauses AvaTrade, laut dem Sender n-tv. Daher [drohe](#) Europa ein wirtschaftliches Desaster.

Der russische Gaslieferant Gazprom hatte am Freitagabend in einer auf dem Nachrichtendienst Telegram veröffentlichten Mitteilung angekündigt, dass der Gastransport über seine Pipeline Nord Stream 1 weiterhin vollständig eingestellt bleibt. Grund sei ein Ölaustritt in der Kompressorstation Portowaja, woraufhin die zuständige russische Aufsichtsbehörde Rostekhnadzor die Wiederinbetriebnahme der Pipeline bis auf Weiteres untersagt habe. Bis zur Beseitigung bleibe der Gasdurchfluss gestoppt.

Die Gaslieferungen über Nord Stream 1 waren seit dem 31. August aufgrund planmäßiger Wartungsarbeiten unterbrochen worden und sollten am vergangenen Samstag wieder aufgenommen werden. Wie vor den Wartungsarbeiten sollten nur zwanzig Prozent der Kapazität der Pipeline ausgeschöpft werden, da vier von fünf Turbinen der Kompressorstation nach wie vor nicht einsatzbereit seien. Am Freitagabend hatte dann der russische Staatskonzern mitgeteilt, dass der Gasdurchfluss durch Nord Stream 1 bis auf Weiteres eingestellt bleibe.

Laut n-tv führten die steil nach oben geschossenen Gaspreise und die zunehmenden Lieferbeschränkungen zum Einbruch der Aktien des größten deutschen Gasimporteurs Uniper. Demnach fielen jene um gut zehn Prozent auf ein Rekordtief.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6315abd8b480cc041e1891e7.jpg>

12:38 de.rt.com: **Volksmiliz der Volksrepublik Lugansk: Bis zu 55 ukrainische Soldaten getötet**

Die ukrainischen Truppen sollen in den vergangenen 24 Stunden bis zu 55 Soldaten, vier gepanzerte Mannschaftstransportwagen und sechs Einheiten von Spezialfahrzeugen, verloren haben, [teilte](#) die Volksmiliz der Volksrepublik Lugansk am Montag mit. Im Bericht hieß es: "In den von ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Volksrepublik Lugansk wird der Frieden wiederhergestellt: Pioniereinheiten der Volksmiliz setzen die Minenräumung fort. Am 4. September säuberten sie mehr als fünf Hektar Territorium von explosiven Gegenständen."

13:50 (12:50) [novorosinform.org](#): **Die Einzelheiten des britischen Plans für die Gegenoffensive der Streitkräfte der Ukraine wurden bekannt**

Die Ausarbeitung des Plans für die ukrainische Gegenoffensive wurde vollständig vom britischen Militär übernommen, aber sie berücksichtigten mehrere wichtige Faktoren nicht, berichtet der Telegram-Kanal „Resident“.

Der Autor stellt fest, dass der erste Punkt des Plans darin bestand, die russischen Truppen in zwei Teile zu „zerschneiden“, indem mehrere Imitationsschläge und nur zwei Hauptangriffe durchgeführt wurden. Die Quelle stellte fest, dass dieser Teil des Drehbuchs ein Erfolg war, aber dann ging alles völlig schief.

"Den ukrainischen Streitkräften gelang es, zwei Übergänge zu schaffen und 10-15 km tief in das Gebiet vorzudringen. <...> An den verbleibenden Frontabschnitten kam es zu schweren Kämpfen, die den Generalstab zwangen, Reserven zu verlagern und sich in bestimmten Gebieten einen Vorteil zu verschaffen.", schreibt der Autor des Kanals.

Danach landeten die ukrainischen Kämpfer laut Autor in einem "Feuersack", wo sie keine Unterstützung bekommen konnten. Der Generalstab gab also den "britischen Plan" auf und konzentrierte sich ausschließlich auf die Einnahme von Wysokopolje, um die irreparablen Verluste und das Scheitern der Offensivstrategie zu rechtfertigen.



https://www.novorosinform.org/content/images/24/15/52415_720x405.jpg

14:01 (13:01) [novorosinform.org](#): **Das technologische Potenzial des Westens ist erschöpft – Sacharowa**

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, erklärte, dass die liberalen Regime lange die Tatsache vor ihrer Bevölkerung verschwiegen hätten, dass das technologische Potenzial des Westens erschöpft sei.

So kommentierte die Diplomatin die Aussage des EU-Außendienstchefs Josep Borrell, dass Russland ohne die technologische Beteiligung westlicher Unternehmen keine neuen Öl- und Gasfelder erschließen könne. Laut Borrell seien die antirussischen Sanktionen sehr effektiv, da sie es der Russischen Föderation nicht erlaubten, neue Kohlenwasserstofffelder zu erschließen.

Sacharowa wiederum betonte, dass das technologische Potenzial der westlichen Länder durch

das Aufkaufen oder Stehlen innovativer Ideen und Errungenschaften geschaffen worden sei. „Westliche Monopole kauften alles auf, was gerade auf dem Weltmarkt auftauchte und konkurrenzfähig oder für ihre Entwicklung nützlich war“, schrieb die Diplomatin in ihrem Telegram-Kanal.



https://www.novorosinform.org/content/images/24/16/52416_720x405.jpg

14:03 (13:03) novorosinform.org: **Puschilin kündigte eine Lösung der Wasserfrage an**
Das Oberhaupt der DVR sagte, dass die Entscheidung zu diesem Thema in naher Zukunft veröffentlicht werde.

Der Staatsoberhaupt der Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin, erklärte, dass die Regierung in naher Zukunft einen Plan zur Lösung des Wasserproblems in der Region vorlegen werde. Dies wird von lokalen Telegram-Kanälen gemeldet.

„In naher Zukunft wird ein Aktionsplan zur Lösung des Wasserproblems veröffentlicht“, heißt es in den Veröffentlichungen.

Es sei darauf hingewiesen, dass die problematischsten Städte in Bezug auf die Wasserversorgung derzeit Donezk und Makejewka sind. In einigen Gebieten dauern der Mangel an der Wasserversorgung über mehrere Tage an.



https://www.novorosinform.org/content/images/24/17/52417_720x405.jpg

13:16 de.rt.com: **Energodar meldet ukrainische Drohnenangriffe auf Hilfsorganisation "Wir sind zusammen mit Russland"**

Das Hauptquartier der Hilfsorganisation "Wir sind zusammen mit Russland" sei in Energodar von zwei ukrainischen Drohnen angegriffen worden, sagte der Leiter der Stadtverwaltung von Energodar Aleksandr Wolga gegenüber [Interfax](#). Er fügte hinzu:

"Es gibt keine Opfer, aber es gibt Schäden: zerbrochene Fenster und so weiter. Dieser Ort befindet sich in der Nähe eines Wohnhauses, also gibt es Zerstörungen."

Der Pressedienst der Stadtverwaltung berichtete, dass sich zum Zeitpunkt des Streiks ehrenamtliche Helfer und Zivilisten, die humanitäre Hilfe erhielten, im Hauptquartier aufgehalten haben sollen. Außerdem soll es im Gebäude und in der Nähe keine militärische Ausrüstung oder Soldaten gegeben haben. Auf den [Fotos](#) der Nachrichtenagentur RIA Nowosti sind die Zerstörungen zu sehen.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/jF-zJSvPEgT4h7DmZl0EM_z40f13jqIvd3qypbuYNgJduJ1tpkwtrX0iFc3cxxRkBzPQc7DvoDGEHuPV5-7AYbogklYGP4G5Gx6In_WZPYUaRRiZUAaluEV9_IXEYKCDrl0Zw4Lpu_rZ4jNXlRvQ2LWWi8EBOMZ4kNgKjr2CM9F_x8cEZVVdKrtOu_IcPA0nINODIaGP25lO8GEBN8jzn3SP_LrQmh2EQh3EruLk1pNEx2oSpPwuqk_LZGO6dca6QvN_9n3M7eurkAOnqgHNV-1P3hc2ynyLHRA7XdLJ84HsHR4t8Rfq-pVz5fC9GJ8CIB40EShKPJGCOsPTQ77TNgg.jpg

13:41 de.rt.com: **IAEO-Mission hat AKW Saporoschje verlassen**

Der Hauptteil der IAEA-Mission soll das AKW Saporoschje verlassen haben. Zwei Fachkräfte sollen beim AKW geblieben sein, um dort eine ständige Präsenz aufrechtzuerhalten. Dies teilte der russische Fachmann für Kernenergie, Renat Kartschaa, der die Delegation begleitete, am Montag gegenüber der [TASS](#) mit.

Außerdem [gab](#) er bekannt, dass dem Chef der IAEA, Rafael Grossi, alle Beweise dafür vorgelegt wurden, dass die ukrainischen Streitkräfte das AKW Saporoschje beschießen.

Kartschaa legte offen:

"Was Einschüsse betrifft, so ist das offensichtlich, und alle Beweise, dass sie von ukrainischer Seite durchgeführt wurden, wurden Herrn Grossi vorgelegt."

Er stellte zudem fest, dass sich die ukrainische Artillerie in der Nähe der Städte Marganez und Nikopol am gegenüberliegenden Ufer des Dneprs befindet, wie die Flugbahnen der Granaten beweisen, die auf das Territorium der Anlagen herunterkommen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6315ce0ab480cc606e121728.jpg>

IAEO-Delegation auf dem Gelände des AKW Saporoschje

14:01 de.rt.com: **Gazprom warnt: Deutsche Gasreserven reichen nur für zwei Monate**

Der russische Staatskonzern stellt einen Rückgang der globalen Nachfrage nach Erdgas fest. Den Hauptanteil des Rückganges mache die Verringerung der Nachfrage durch Europa aus. China dagegen kaufe immer mehr Gas – auf Basis eines "langfristig bilateralen Vertrages". Der staatliche russische Erdgaskonzern Gazprom hat in einer Presseerklärung Anfang September erklärt, dass er bisherigen Berechnungen zufolge in den ersten acht Monaten dieses Jahres 288,1 Milliarden Kubikmeter Gas gefördert hat. Das stelle (von ehemals 337,2 Milliarden Kubikmetern) bei einer Verringerung um 49,1 Milliarden Kubikmeter einen leichten Rückgang um 14,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr dar.

Auch die Nachfrage nach Erdgas auf dem Binnenmarkt von Gazprom habe sich (von 162 Milliarden Kubikmetern im Vorjahr) um 2,9 Prozent verringert, also etwa um 4,7 Milliarden Kubikmeter auf gut 157 Milliarden Kubikmeter.

Die Gasexporte nach Staaten außerhalb der ehemaligen Sowjetunion wurden auf nunmehr 82,2 Milliarden Kubikmeter vom gesamten Exportvolumen beziffert. Diese Verringerung um 49,1 Milliarden Kubikmeter (gegenüber 131,3 Milliarden Kubikmetern im gleichen Zeitraum des Vorjahres) entspricht einem anteiligen Rückgang um 37,4 Prozent.

Das Unternehmen versicherte wiederum, dass es exakt gemäß allen bestätigten Anforderungen liefere. Zudem bekräftigte Gazprom:

"Eine Zunahme erlebt der Gasexport nach China durch die Gaspipeline Power of Siberia im Rahmen eines langfristigen bilateralen Vertrages zwischen Gazprom und CNPC. Die Lieferungen erfolgen regelmäßig über die vertraglich vereinbarten Tagesmengen hinaus."

Der Hauptgrund für den globalen Rückgang der Nachfrage nach Erdgas sei somit die Verringerung des Gasimports der Mitgliedsländer der Europäischen Union:

"In den ersten acht Monaten des laufenden Jahres verringerte sich laut ersten vorläufigen Schätzungen und zugänglichen operativen Daten die weltweite Nachfrage um 40 Milliarden Kubikmeter. Bei diesem Rückgang entfallen 73 Prozent oder 29 Milliarden Kubikmeter auf den Anteil der 27 EU-Länder."

Auch in Großbritannien, das inzwischen nicht mehr zu den EU-Staaten zählt, habe sich der Gasverbrauch verringert, nämlich um fünf Milliarden Kubikmeter. Der Rückgang der Nachfrage nach Erdgas aus den EU-Ländern und Großbritannien mache damit 85 Prozent des weltweiten Rückganges der Nachfrage bei Gazprom aus.

Zudem prognostiziert Gazprom, dass die Gasspeicher-Füllstände in europäischen Speichern nicht ausreichen würden. Gazprom warnt, es garantieren

"... selbst die den maximalen Werten nahekommenden Reserven in den Untertagespeichern der großen europäischen Ländern keine sichere Bewältigung der anstehenden Herbst-Winter-Periode".

Die aktuellen Füllstände in Deutschland würden, wenn man den durchschnittlichen Verbrauch der Herbst-Winter-Periode berücksichtige, für nur zwei Monate reichen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6315d437b480cc5f6144a189.jpg>

14:14 de.rt.com: **Energodar: Kein Bevölkerungsrückgang trotz ukrainischer Provokationen**

Ungeachtet der Provokationen durch ukrainische Streitkräfte bleibt die Bevölkerung von Energodar in der Stadt. Dies sagte das Oberhaupt der städtischen militärisch-zivilen Verwaltung Aleksandr Wolga. In einer Sendung des Fernsehkanals Rossija 24 erklärte er: "Die Stadt lebt. Es gibt keinen Bevölkerungsrückgang. Alle verstehen sehr gut, woher die Geschosse kommen, wer die Stadt beschießt und beschädigt."

Wolga fügte hinzu, dass die Bewohner der Stadt mit dem Druck durch die ukrainische Seite auch im Internet konfrontiert werden, und erklärte weiter:

"Diese Situation beachten die Einheimischen, die sich für Energodar als Wohnort entschieden, nicht. Natürlich ist es auf menschlicher Ebene unangenehm, irgendwelche Fake News zu lesen, doch alle Stadtbewohner verstehen gut, dass es speziell ausgebildete Menschen tun, die einen Informationskrieg gegen die Bewohner unserer Stadt führen, und nicht ihre ehemaligen Nachbarn, die weggefahren sind. Es ist die Arbeit von Spezialisten für Informationskriege, die versuchen, die Bewohner der Stadt und der nächstgelegenen Siedlungen einzuschüchtern."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6315cecdb480cc38d5594118.jpg>

Torbogen an der Einfahrt zum Saporoschje-Kernkraftwerk in Energodar

14:45 de.rt.com: **Ukrainische Verluste am südlichen Frontabschnitt**

Dem täglichen Pressebericht des russischen Verteidigungsministeriums zufolge haben die ukrainischen Streitkräfte bei ihren Versuchen, am Frontabschnitt Nikolajew – Kriwoj Rog Geländegewinne zu erzielen, weitere schwere Verluste erlitten. Der Sprecher des

Ministeriums Generalleutnant Igor Konaschenkow erklärte diesbezüglich:

"Insgesamt verlor der Gegner am vergangenen Tag an diesem Frontabschnitt elf Panzer, sieben Schützenpanzer und acht weitere gepanzerte Fahrzeuge, neun Geländewagen mit Großkaliber-Maschinengewehren und über 220 Soldaten."

Wie Konaschenkow weiter bekannt gab, sollen außerdem in der Nähe des Ortes Kotschubejewka im Gebiet Cherson ein ukrainischer Hubschrauber vom Typ Mi-8 abgeschossen sowie ein Präzisionsschlag gegen die Stellungen der 57. Mot-Schützenbrigade ausgeführt worden sein.

15:13 de.rt.com: **Putin: Tragödie im Donbass ist die Folge der Handlungen des Neonazi-Regimes**

Der Präsident der Russischen Föderation Wladimir Putin hat bei einem Jugendumweltforum auf der Halbinsel Kamtschatka erklärt, dass die Tragödie, die sich jetzt im Donbass ereignet, die Folge der Handlungen des Neonazi-Regimes sei, das im Jahr 2014 gewaltsam an die Macht gekommen sei und dann Feindseligkeiten im Donbass gestartet habe. Nach Angaben des Präsidenten habe die Ukraine dort zweimal großangelegte Militäroperationen mit Artillerie und schweren Waffen durchgeführt. Er wies darauf hin, dass es Russlands Pflicht sei, den Einwohnern des Donbass Hilfe zu leisten. Wörtlich hieß es:

"Es ist unsere Pflicht, diesen Menschen zu helfen. Und Russland tut es. Alle unsere Versuche, dieses Problem auf friedliche Weise zu lösen, sind wegen der Positionen des Kiewer Regimes gescheitert."

Das Staatsoberhaupt Russlands lobte den Mut der russischen Militärs, die die Bewohner des Donbass schützen. Er bemerkte unter anderem, dass im Donbass zwei Korps von Einheimischen gebildet worden seien. Diese Menschen sollen dort sogar besser als professionelle Militärangehörige kämpfen. Sie kämpfen "sehr mutig, tapfer und effektiv", so der Präsident.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6315d9c348fbef588c232bb6.jpg>

Wladimir Putin bei einem Umweltforum am 5. September

15:45 de.rt.com: **Gebiet Charkow: Über 30 Kämpfer des neonazistischen Kraken-Bataillons beim russischen Luftschlag getötet, ein HIMARS-Raketenwerfer zerstört**

In der Nähe der Stadt Charkow sind über 30 Angehörige des ukrainischen neonazistischen Bataillons "Kraken" bei einem russischen Luftschlag getötet worden. Dies gab der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Generalleutnant Igor Konaschenkow bei seinem täglichen Bericht bekannt. Außerdem seien beim gleichen Angriff zehn Fahrzeuge zerstört worden.

Ebenfalls im Gebiet Charkow, in der Nähe des Ortes Timtschenki, sei laut Konaschenkow ein US-amerikanischer Mehrfachraketenwerfer vom Typ HIMARS zerstört worden. Über 200 HIMARS-Raketen seien außerdem neben über 1.500 sonstigen Raketen bei einem russischen Schlag gegen ukrainische Munitionsdepots in der Nähe von Wosnessensk und Otschakow im Gebiet Nikolajew zerstört worden.

Weitere Verluste sollen die ukrainischen Streitkräfte in der Nähe des Ortes Krasnopolje in der Donezker Volksrepublik erlitten haben. Dem Bericht zufolge wurden dort beim Beschuss der Stellungen der 81. Luftsturmgruppe bis zu 20 ukrainische Militärangehörige getötet und über 50 weitere verwundet.

16:50 de.rt.com: **Wegen zu hoher Energie- und Materialkosten: Größter deutscher Klopapier-Hersteller Hakle ist pleite**

Der Toilettenpapierhersteller Hakle muss Insolvenz anmelden. Nachdem die Coronamaßnahmen bereits die Kosten für Logistik und Rohstoffe in die Höhe getrieben haben, waren die hohen Energiekosten aufgrund der antirussischen Sanktionen zu viel für den Düsseldorfer Konzern.

Das seit 1928 bestehende Unternehmen der Papierindustrie, Hakle, ist insolvent – das meldete am Montag unter anderem der Focus. Besonders die aktuellen Energie- und Materialpreise aufgrund der antirussischen Sanktionen und die logistischen Einschränkungen durch die weltweiten Coronamaßnahmen seit dem Jahr 2020 brachten den Düsseldorfer-Konzern ins Straucheln.

Zuletzt konnten die exorbitant gestiegenen Preise – trotz enormer Preiserhöhungen – in der Papierindustrie nicht mehr gewinnbringend kompensiert werden. Für die 225 Mitarbeiter von Hakle geht es zunächst einmal weiter. So soll der Geschäftsbetrieb des Konzerns in vollem Umfang weitergeführt werden. So äußerte sich Geschäftsführer Volker Jung im Fachmagazin [Lebensmittel. Praxis](#):

"Die Eigenverwaltung bietet uns die notwendige Flexibilität und Geschwindigkeit, um unseren Betrieb nachhaltig zu sanieren und ganz im Sinne unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Kunden und Gläubiger neu aufzustellen."

Während des Insolvenzverfahrens soll die Geschäftsführung um Jung weiter das operative Geschäft leiten. In den sozialen Medien wird nun über einen möglichen Ansturm auf Toilettenpapier – ähnlich wie im Jahr 2020 – spekuliert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6315ffa548fbef574c3758f4.jpg>
Sitz von Hakle in Düsseldorf, NRW, Deutschland (Archivbild 12.06.2020)

16:52 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Ukraine griff AKW Saporoschje trotz Anwesenheit der IAEA-Delegation an**

Das Kernkraftwerk von Saporoschje in der Stadt Energodar wurde vom ukrainischen Militär weiterhin angegriffen, obwohl Vertreter der Internationalen Atomenergie-Organisation dort anwesend waren. Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Generalleutnant

Igor Konaschenkow erklärte hierzu in seinem täglichen Bericht:

"Ungeachtet der Anwesenheit der Vertreter der IAEA auf dem Saporoschje-Atomkraftwerk setzt das Kiewer Regime seine Provokationen fort, um die Gefahr einer technologischen Katastrophe herbeizuführen."

So sei über dem Kraftwerk am 4. September eine ukrainische Drohne erschienen. Durch russische Gegenmaßnahmen der elektronischen Kriegsführung habe die Drohne allerdings die Steuerung verloren und sei etwa ein Kilometer vom Kraftwerk entfernt abgestürzt. Außerdem seien in der Nacht sechs Artilleriegeschosse auf die Stadt Energodar vom Territorium des ukrainisch kontrollierten Gebiet Dnepropetrowsk aus abgefeuert worden.

Die Strahlungswerte am Kernkraftwerk befinden sich im Normbereich, erklärte Konaschenkow weiter.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 5. September 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In Mariupol, Wolodarskoje und Wolnowacha wurden Arbeiten zum Anschluss von Verbrauchern an das Telekommunikationsnetz durchgeführt.

In Mariupol geht der Bau von Wohnanlagen weiter:

- im Oktjabrskij-Bezirk an der Kreuzung Uliza Lenina und Uliza Kuprina – 10 neunstöckige und 12 fünfstöckige Häuser;

- im Primorskij-Bezirk im Gebiet der Kreuzung Uliza Irtytschkaja und Uliza Jaltinskaja – 9 neunstöckige Häuser;

- durch Kräfte des Verteidigungsministeriums der RF wird weiter an einem republikanischen Zentrum des Zivilschutzministeriums der RF gebaut.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 4 Hektar Territorium untersucht und 69 explosive Objekte entschärft.

Wir erinnern daran, dass einige Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven Objekten übersät sind.

So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Antipersonenminen „Lepestok“ auf dem Gebiet von Donezk und anderer Städte der DVR abgeworfen. Zur Zeit ergreifen Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung.

Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium an.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministeriums der DVR zu wenden.

17:18 de.rt.com: **Macron fordert Abzug russischer Truppen aus AKW Saporoschje**

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat sich für den Rückzug russischer Truppen aus dem AKW Saporoschje stark gemacht. Das teilte der Élysée-Palast am Montag nach einem Telefongespräch Macrons mit seinem ukrainischen Amtskollegen Wladimir Selenskij mit. Nur wenn die russischen Truppen abzögen, könne für die Sicherheit des Kraftwerks gesorgt werden.

Macron erkundigte sich laut Angaben des Palasts nach den militärischen und wirtschaftlichen Bedürfnissen der Ukraine und sagte dem Land weiter die volle Unterstützung Frankreichs zu.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63160bfe48fbef574c37590a.jpg>
Der französische Präsident Emmanuel Macron im Élysée-Palast im September 2022

17:43 de.rt.com: **Putin: Russland muss technologische Unabhängigkeit von ausländischer Software erreichen**

Der russische Präsident hat die Anweisung gegeben, technologische Unabhängigkeit von ausländischer Software zu erreichen. Außerdem forderte Putin, dass zusätzliche Maßnahmen zur Entwicklung und Unterstützung russischer Technologieunternehmen ergriffen werden. Der russische Präsident Wladimir Putin hat eine Sitzung des russischen Rates für strategische Entwicklung und nationale Projekte abgehalten. Im Anschluss an die Ergebnisse erteilte er [Anweisungen](#) und ordnete insbesondere an, Maßnahmen zu ergreifen, um die technologische Unabhängigkeit Russlands von der verwendeten ausländischen Software zu gewährleisten. Der Präsident ordnete außerdem an, die Nutzungsbedingungen für solche Software auszuarbeiten, "bei der es unmöglich ist, die Verpflichtungen in gutem Glauben zu erfüllen". Weitere Anordnungen des Präsidenten sind:

- Definition des Begriffs "Technologieunternehmen" (unter Berücksichtigung des obligatorischen Einsatzes innovativer Technologien bei ihren Tätigkeiten) sowie der Besonderheiten und der Bedingungen, unter denen solche Unternehmen staatliche Unterstützung erhalten können (bis zum 1. November);
- zusätzliche Maßnahmen zur Entwicklung und Unterstützung von Technologieunternehmen bei der Markteinführung ihrer Produkte sowie bei der Steigerung der Produktion und des Verkaufs ihrer Produkte zu ergreifen, einschließlich der Benennung der für die innovative Entwicklung zuständigen Institution (bis zum 15. Dezember)
- Ausarbeitung und Verabschiedung eines Konzepts für die technologische Entwicklung bis 2030, einschließlich des Umfangs und der Quellen der Finanzierung;
- die Einführung steuerlicher Anreize für staatliche Unternehmen, die sich mit der Entwicklung von "Hightech-Gebieten" befassen, in Erwägung zu ziehen (Vorlage eines Berichts bis zum 1. November);
- Vorschläge für ein Programm zur Verbesserung der Kommunikationsnetze und der Qualität der Internetzugangsdienste zu unterbreiten, einschließlich einer Geschwindigkeit von mindestens 10 Gbit/s in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern (bis zum 1. Oktober);
- Änderungen des Gesetzes "Über die Kommunikation", einschließlich der Einführung eines Moratoriums bis 2024 für die Erhöhung der Gebühren für die Nutzung von staatlichem und kommunalem Eigentum durch Telekommunikationsbetreiber zur Unterbringung von Telekommunikationsgeräten sowie die kostenlose Unterbringung von Betreibern von Telekommunikationsgeräten in Wohngebäuden, die für die Bereitstellung eines Hochgeschwindigkeitszugangs zum Internet erforderlich sind (bis zum 15. Dezember);
- die Ausweitung staatlicher Unterstützungsmaßnahmen auf schnell wachsende

Technologieunternehmen zu erörtern (bis zum 15. Dezember).

Die russische Regierung hatte erwartet, dass Ende 2020 der Anteil inländischer Software an den Beschaffungskosten bei den Behörden mindestens 70 Prozent und bei staatlichen Unternehmen und Unternehmen mit staatlicher Beteiligung mindestens 50 Prozent betragen werde. Doch durch den Weggang westlicher Akteure und die Verhängung von Sanktionen seit dem Frühjahr 2022 ist die Nachfrage nach russischer Software sowohl in Behörden als auch in Unternehmen um 300 Prozent gestiegen. Das russische Finanzministerium geht davon aus, dass der öffentliche Sektor die Ausgaben für russische Software bis 2024 um das 3,4-Fache auf mehr als 650 Milliarden Rubel (ca. 10,8 Milliarden Euro) steigern wird.

Zuvor, am 24. August, hatte das russische Finanzministerium eine Sitzung abgehalten, auf der Vertreter von IT-Verbänden und Beamte das Prinzip der industriellen Kompetenzzentren (die Vertreter verschiedener Branchen vereinen, die ausländische Software ersetzen müssen) und der Kompetenzentwicklungszentren (zu denen auch Softwareentwickler gehören) erörterten, die nach Ansicht der Behörden die Entwicklung des russischen IT-Marktes fördern sollen. Die Regierung wird bis 2024 37,1 Milliarden Rubel (etwa 616 Millionen Euro) für die Kofinanzierung der Entwicklung und Umsetzung neuer inländischer Lösungen bereitstellen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6315fe2c48fbef574c3758f0.jpg>

17:44 de.rt.com: **Kapitulierte ukrainische Soldaten dürfen im Gebiet Charkow freigelassen werden**

Die ersten ukrainischen Soldaten im Gebiet Charkow, die ihre Waffen niedergelegt hatten, durften zu ihren Familien zurückkehren, berichtete RIA Nowosti am Montag. Soldaten werden freigelassen, wenn sie in den befreiten Gebieten leben und sich nicht an den Feindseligkeiten nach dem 24. Februar und an den Kriegsverbrechen des Kiewer Regimes beteiligt hatten. Die ersten drei ukrainischen Berufssoldaten sind bereits zu ihren Familien zurückgekehrt.

Die zivil-militärische Verwaltung des Gebietes Charkow teilte mit:

"Die Militärangehörigen der ukrainischen Streitkräfte, die sich geweigert hatten, an Feindseligkeiten gegen die russische Armee teilzunehmen, dürfen zu ihren Familien zurückkehren. Dies ist schon gängige Praxis."

abends:

18:17 de.rt.com: **Ölallianz OPEC+ beschließt leichte Drosselung der Fördermengen**

Die großen Ölnationen der Allianz OPEC+ senken ihr Förderziel nach den Erhöhungen der vergangenen Monate wieder leicht ab. Damit wird die jüngste Produktionsausweitung der von Saudi-Arabien und Russland dominierten OPEC+ rückgängig gemacht.

Die rund 20 Staaten der OPEC+ senken ihr Förderziel nach den Erhöhungen der vergangenen Monate wieder leicht ab. Die gemeinsame Tagesproduktion für den Oktober werde um

100.000 Barrel (je 159 Liter) reduziert, hieß es am Montag nach einer Online-Sitzung der Ölminister aus rund 20 Ländern. Damit wird die jüngste Produktionsausweitung der von Saudi-Arabien und Russland dominierten OPEC+ rückgängig gemacht.

Angesichts der im Raum stehenden und schließlich beschlossenen Angebotskürzung stiegen die Ölpreise am Montag. Am Nachmittag kostete ein Barrel der Nordseesorte Brent 96,64 US-Dollar. Das waren 3,62 Dollar mehr als am Freitag. Die US-Sorte West Texas Intermediate (WTI) legte um 3,12 Dollar auf 89,99 Dollar zu. Die Preisaufschläge zum Wochenstart folgen auf zum Teil deutliche Abschlüsse in der vergangenen Woche. Als Hauptgrund dafür gelten die trüben Konjunkturaussichten und die entsprechend schwach erwartete Nachfrage nach Erdöl, Benzin und Diesel.

Das Exportkartell OPEC+ hat vor Kurzem die Prognose für den Überschuss von Rohöl auf dem Weltmarkt gesenkt. Die Gruppe erwartet nur noch einen kleinen Überhang von 0,4 Millionen Barrel pro Tag im Jahr 2022.

Der saudi-arabische Energieminister hatte bereits Ende August eine Verringerung der Ölförderung durch das Ölkartell OPEC+ signalisiert. Die Entwicklung der Preise an den Finanzmärkten und der physische Ölmarkt hätten sich zunehmend abgekoppelt, sagte Prinz Abdulaziz bin Salman der Nachrichtenagentur Bloomberg. Die saudische Warnung zielte mutmaßlich darauf ab, US-Präsident Joe Biden unter Druck zu setzen, das Abkommen mit Iran nicht zu unterzeichnen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6315f8ddb480cc3e9b665192.jpg>
Saudi-Arabiens Energieminister Abdulaziz bin Salman

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 05.09.22**

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **97 Geschosse** mit Panzern, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **4 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Durch Beschuss wurden **2 Zivilisten verletzt**. 15 Gebäude und 2 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt. Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Zurzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **5 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 7 verletzt** wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:42 de.rt.com: **Medienbericht: US-Druck treibt Russland, China und Iran enger**

zusammen

Bei Betrachtung der Beziehungen zwischen Russland, China und Iran stellt sich nicht die Frage, ob sich die US-Rivalen selbst als Verbündete bezeichnen oder eine auf gemeinsame Werte basierte Allianz schmieden, sondern es geht darum, ob der US-Druck eine gemeinsame Basis für Russland, China und Iran bietet, um eine Partnerschaft einzugehen.

Die USA versuchen seit Jahren, ihre Agenda überall auf der Welt mittels Sanktionen und Militärintervention durchzudrücken. Dieser US-Druck treibt offenbar Russland, China und Iran enger zusammen, kommentierte [Bloomberg](#) am 1. September: "Überall, wohin die USA schauen, machen ihre geopolitischen Rivalen gemeinsame Sache." Russland und China haben kurz vor dem Ausbruch des Ukraine-Krieges eine strategische Partnerschaft "ohne Grenzen" verkündet. Iran unterstützt, laut Darstellung von Bloomberg, Russland im Ukraine-Krieg, indem er der Kreml-Führung "militärische Hilfe" leistet. Peking und Teheran haben wiederum ihre eigenen strategischen Beziehungen, die schon seit mehreren Jahrzehnten bestehen. Die Beziehungen zwischen diesen drei Staaten würden nicht durch tiefe Bindungen oder gemeinsame Werte definiert, sondern durch spezifische Interessen und den gemeinsamen Wunsch, Washington herauszufordern. China, Russland und Iran hätten in erster Linie versucht, die USA aus ihren geografischen Nachbarschaften zu verdrängen, um eine von Washington dominierte unipolare Weltordnung nach dem Kalten Krieg zu bekämpfen, kommentierte Bloomberg.

Iran, Russland und China seien keine Verbündeten der Art, wie die US-Amerikaner diesen Begriff normalerweise verwenden. Die US-Allianzen würden meist gegenseitige Verteidigungsverpflichtungen beinhalten, die in Verträgen verankert und durch gemeinsame "demokratische Werte" entstanden sind. Die Verbindungen zwischen Iran, China und Russland wären im Vergleich dazu wenig "beeindruckend". Diese Staaten seien keine formellen öffentlichen Verpflichtungen eingegangen, sich gegenseitig zu verteidigen. Ihre Interaktionen wären auch oft von Misstrauen durchdrungen, hieß es aus der Nachrichtenagentur Bloomberg.

Bei der Betrachtung der Beziehungen zwischen den US-"Hauptgegnern" stelle sich aber nicht die Frage, ob sie Washingtons Definition von Bündnis entsprechen oder ob sich die US-Rivalen selbst als Verbündete bezeichnen, sondern es gehe, so Bloomberg, darum, ob der US-Druck und die globalen Ambitionen der USA eine gemeinsame Basis für Russland, China und Iran anbieten, um eine Partnerschaft einzugehen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6315eaabb480cc429d6cd2aa.jpg>

18:42 de.rt.com: Ukraine ist bereit, der EU 30 Milliarden Kubikmeter seiner Gasspeicherkapazität zur Verfügung zu stellen

Kiew ist bereit, Europa mehr als 30 Milliarden Kubikmeter seiner Gasspeicher zur Verfügung zu stellen, um Gasreserven zu bilden. Dies gab der ukrainische Ministerpräsident, Denis Schmygal, am Montag, dem 5. September, auf einer Pressekonferenz in Brüssel bekannt. Er sagte:

"Die Ukraine verfügt über die größten unterirdischen Gasspeicher in Europa." Dann bot er an, einen Teil der Mengen an europäische Partner zu liefern, "angesichts der instabilen Gaslieferungen aus Russland".

Dies ist nicht das erste Mal, dass Kiew einen solchen Vorschlag macht. Der ukrainische Energieminister German Galuschtschenko sprach Ende März darüber. Es wurden jedoch keine konkreten Pläne genannt. Damals sagte Galuschtschenko, dass die gemeinsamen Käufe der EU-Mitgliedstaaten und die Lagerung von Gas in ukrainischen Untergrundspeichern eine zuverlässige Brennstoffversorgung für den gesamten Kontinent gewährleisten würden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63161ff848fbef588c232c39.jpg>

Denis Schmygal

19:10 de.rt.com: **Botschafter Russlands in den USA: US-Unternehmen stellen Waffen für Nazis her, die Zivilisten angreifen**

Der russische Botschafter in den USA, Anatoli Antonow, hat in einem Interview erklärt, dass Washington vorhat, Kiew noch mehrere Jahre lang mit Waffen zu beliefern. Das eigentliche Ziel der USA bestehe darin, Russland zu schwächen.

Antonow unterstrich, dass die Vereinigten Staaten den Frieden durch ihr Handeln nicht näher bringen, sondern sie würden im Gegenteil dafür sorgen, dass er in weite Ferne rücke. Weiter hieß es:

"US-Unternehmen produzieren Waffen für Nazi- und Terrorgruppen, die gezielt Wohnviertel in Städten im Donbass beschießen."

Antonow hatte zuvor verkündet, dass die Anerkennung Russlands als "Sponsor des Terrorismus" durch die USA eine "beispiellose" Entscheidung wäre, die zu einer "äußerst harten" Reaktion Moskaus führen würde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6316225448fbef5924407511.jpg>

Anatoli Antonow

19:47 de.rt.com: **Gasleitung nach ukrainischem Beschuss von Donezk beschädigt**
Durch den Beschuss der ukrainischen Streitkräfte soll eine Gasleitung im Donezker Stadtteil Kuibyschewski am Montag beschädigt worden sein. Dies teilte der Bürgermeister der Stadt Alexei Kulemsin mit:
"Beim feindlichen Beschuss wurde ein Treffer im Bezirk Kuibyschewski verzeichnet. Ein Gasleitungsrohr wurde von Geschosssplittern durchgeschlagen. Es gab Feuer."
Die Donezker Behörden [veröffentlichten](#) diesbezüglich ein Bild auf Telegram.